

Herausforderungen im öffentlichen Beschaffungswesen aus Sicht der Beschaffungskommission des Bundes

Das öffentliche Beschaffungswesen der Schweiz befindet sich seit den Neunzigerjahren in einem tief greifenden Wandel. Es ist Aufgabe der Beschaffungskommission des Bundes (BKB), aktuelle Chancen und Risiken im öffentlichen Beschaffungswesen des Bundes einzuschätzen. Die BKB hat vier strategische Stossrichtungen definiert, die auf die nachhaltige Weiterentwicklung des öffentlichen Beschaffungswesens des Bundes abzielen. Die eingeleiteten Massnahmen sollen die Transparenz erhöhen, Wirtschaftlichkeit und Effizienz fördern, das Vergaberecht verbessern und günstige Rahmenbedingungen für die ökologische Beschaffung schaffen. Allein im Jahr 2000 hat der Bund mehr als 4 Mrd. Franken für die Beschaffung von Gütern ausgegeben.

Ein Blick auf die Zusammensetzung der Beschaffungskommission des Bundes (BKB) verdeutlicht, wie facettenreich das öffentliche Beschaffungswesen ist (siehe *Kasten 1*). In diesem Strategie- und Koordinationsorgan arbeiten die grossen Beschaffungsstellen des Bundes mit diversen Fachämtern zusammen. So bringt zum Beispiel das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) volkswirtschaftlich relevante Gesichtspunkte des öffentlichen Beschaffungswesens in die Kommissionsarbeit ein. Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal) setzt sich für Rahmen-



Elisabeth Vogt
Geschäftsführerin des Sekretariats der Beschaffungskommission des Bundes (BKB), Bern

bedingungen ein, die die ökologische Beschaffung fördern. Hüter des freien Wettbewerbs ist der Vertreter des Sekretariats der Wettbewerbskommission. Dass die neuen Technologien auch im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens gewinnbringend eingesetzt werden, daran arbeiten das Informatikstrategieorgan des Bundes (ISB) und das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT). Das Eidgenössische Personalamt (EPA) bringt neben seinen Erfahrungen als Beschaffer von Dienstleistungen verstärkt sein Know-how in Fragen der Aus- und Weiterbildung ein. Die Beschaffungsstellen selbst bringen ihre Einschätzungen über die gegenwärtigen Probleme und Herausforderungen ein, mit denen sie im Arbeitsalltag konfrontiert werden.

Interdisziplinäre und departementsübergreifende Aufgabe

An der Zusammensetzung der BKB lässt sich auch ablesen, dass bei der Definition einer umfassenden öffentlichen Beschaffungsstrategie verschiedene Blickwinkel berücksichtigt

Ein dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtetes öffentliches Beschaffungswesen soll Anreize liefern zur Ressourcenschonung in Staat und Gesellschaft. Im Bild: Der mit dem Solarpreis 1998 ausgezeichnete Neubau des Bundesamtes für Statistik in Neuenburg.



Bild: Keystone

werden müssen. Grundsatzfragen sind oft unter betriebswirtschaftlichen, juristischen, volkswirtschaftlichen, technologischen und ökologischen Gesichtspunkten zu analysieren. Die Herausforderung für die BKB besteht in der Integration all dieser Aspekte in eine umfassende und ganzheitliche Beschaffungsstrategie des Bundes. Ziel dieser Strategie ist letztendlich die Schaffung von Rahmenbedingungen, die einer wirtschaftlichen, rechtskonformen, sozial und ökologisch verträglichen und gesamtwirtschaftlich verantwortungsvollen Beschaffungstätigkeit im Bund förderlich sind.

steht ein Rechtsmittel zur Verfügung, mit welchem er die Verletzung von Vergabennormen rügen kann.

– *Kostendruck*: Die Knappheit der zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel führt zu einem Kostendruck, der sich auch auf die Budgets für öffentliche Beschaffungen auswirkt. Gleiche oder mehr Leistungen müssen tendenziell mit weniger Mitteln erbracht werden.

– *Einfluss der Politik*: Zunehmend wird das öffentliche Beschaffungswesen auch als politisch zu gestaltender Bereich angesehen. Neben sozialpolitischen Aspekten werden unter anderem auch die Berücksichtigung umweltbezogener Anliegen und die KMU-freundliche Weiterentwicklung verlangt. Aber trotz veränderter Rahmenbedingungen ist auch die Verfolgung regionalpolitischer Anliegen mittels des öffentlichen Beschaffungswesens ab und zu noch Thema parlamentarischer Vorstösse. Nicht zuletzt wird vermehrte Transparenz gefordert, was auch als wichtiger Beitrag zur Korruptionsprävention gesehen wird. Auch die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates hat sich des Themas angenommen und dem Bundesrat konkrete Empfehlungen vorgeschlagen.

– *Neue Technologien*: Unter dem Oberbegriff *E-Procurement* ist der Einsatz verschiedenster, idealerweise aufeinander abgestimmter Informatiklösungen zur Unterstützung des Beschaffungsablaufs und der Beziehungen der verschiedenen Akteure (Unternehmen, Anbieter, öffentliche Beschaffungsstellen, Kunden der öffentlichen Beschaffungsstellen) untereinander zu verstehen. Insbesondere der Einsatz des Internets in den verschiedenen Phasen der Beschaffung (zum Beispiel Marktbeobachtung, Ausschreibung, Bestellung, Wareneingang und Rechnungsabwicklung) verspricht durch die damit verbundene Überprüfung der Beschaffungsorganisation, die Verschlinkung der Beschaffungsprozesse sowie der strategischen Ausrichtung des Einkaufs eine erhebliche Senkung der Beschaffungskosten und -prozesskosten.

– *Nachhaltigkeit der Beschaffungspolitik*: Der Bundesrat unterstützt in seiner «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002» die Einführung einer integrierten Produktpolitik. Er unterstützt – unter Respektierung des international verankerten Diskriminierungsverbots – die öffentliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, die hohen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Anforderungen genügen. Diese Anforderungen gelten für den gesamten Lebenszyklus eines Produktes (Planungs-, Herstellungs-, Nutzungs- und Entsorgungsphase).

Kasten 1

Die Beschaffungskommission des Bundes

Die Beschaffungskommission ist ein interdepartementales Strategie- und Koordinationsorgan des Bundes im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens (Bereich Güter und Dienstleistungen).

In ihr nehmen neben den grossen Beschaffungsstellen des Bundes auch mehrere Fachämter Einsitz. Seitens der Beschaffungsstellen sind vertreten: die Gruppe Rüstung (Departement: VBS), das Bundesamt für Bauten und Logistik (EFD), die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (EDA), der ETH-Bereich (EDI) sowie die SBB und die Post. Als Fachämter sind vertreten: das Staatssekretariat für Wirtschaft (EVD), das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (UVEK), das Sekretariat der Wettbewerbskommission (EVD), das Informatikstrategieorgan des Bundes (EFD), das Eidg. Personalamt (EFD) und das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (EFD).

Das Sekretariat der Beschaffungskommission wird vom Bundesamt für Bauten und Logistik (EFD) geführt. Die Mitglieder der BKB werden auf Antrag des Eidgenössischen Finanzdepartements vom Bundesrat gewählt.

Zu den Aufgaben der BKB gehören unter anderem:

- Erlass von Empfehlungen zur Beschaffungspolitik des Bundes;
- die Koordination unter den Beschaffungsstellen des Bundes;
- der Erlass von Allgemeinen Geschäftsbedingungen, Musterverträgen und Rahmentarifen.

Die BKB ist kein Aufsichtsorgan über das öffentliche Beschaffungswesen; diese Aufgabe obliegt den internen Kontrollorganen der Bundesverwaltung beziehungsweise der öffentlichen Betriebe des Bundes.

Kompetenzzentrum für das Beschaffungswesen des Bundes

Das Kompetenzzentrum ist dem Bundesamt für Bauten und Logistik angesiedelt. Es hat folgende Aufgaben:

- Aus- und Weiterbildung im öffentlichen Beschaffungswesen;
- Beratung der Ämter in beschaffungsrechtlichen Fragen;
- Unterstützung in administrativen Abläufen.

Tiefer Wandel im öffentlichen Beschaffungswesen

Die Anforderungen an alle Beteiligten im öffentlichen Beschaffungswesen – Politik, öffentliche Beschaffungsstellen, Wirtschaft und Fachämter – haben sich in den letzten Jahren stark erhöht. Dies erstaunt nicht, wenn man sich die Veränderungen des Umfelds und der Rahmenbedingungen des öffentlichen Beschaffungswesens, wie sie in den letzten Jahren stattgefunden haben, kurz vor Augen führt:

– *Liberalisierung der Beschaffungsmärkte*: Die in der Schweiz in der Mitte der Neunzigerjahre einsetzende internationale und nationale Liberalisierung verlangt mehr Transparenz und den diskriminationsfreien Zugang von in- und ausländischen Unternehmen zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten. Ziel ist der Abbau wettbewerbsbeschränkender oder -verzerrender Massnahmen und protektionistischer Praktiken. Das öffentliche Beschaffungswesen kann nicht mehr länger als Instrument der Regional- und Strukturpolitik eingesetzt werden.

– *Verrechtlichung*: Mit der Liberalisierung verbunden ist die verstärkte Regulierung des öffentlichen Beschaffungswesens. Auf Stufe Bund setzt das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BoeB; SR 172.056.1) die internationalen Übereinkommen¹ um. Zweck des Gesetzes sind die Stärkung des Wettbewerbs unter den Anbietern, die Förderung des wirtschaftlichen Einsatzes der öffentlichen Mittel und der Transparenz sowie die Gewährleistung der Gleichbehandlung der in- und ausländischen Anbieter. Beschaffungen von Gütern, Dienstleistungen und Bauleistungen müssen ab einem bestimmten Schwellenwert öffentlich ausgeschrieben werden. Ausschlaggebend für die Vergabe der öffentlichen Aufträge ist die Wirtschaftlichkeit des Angebots, welches grundsätzlich im Wettbewerb und aufgrund transparenter Kriterien zu ermitteln ist. Dem abgewiesenen Anbieter



Bild: Keystone

Mehrere Beschaffungsstellen – darunter auch die SBB – haben bereits E-Procurement-Projekte gestartet. Mit E-Procurement wird der Einsatz von Informationstechnologien im Beschaffungswesen bezeichnet.

Ein dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtetes öffentliches Beschaffungswesen soll Anreize liefern zur Ressourcenschonung in Staat und Gesellschaft.

Vier strategische Stossrichtungen

Das Eidgenössische Finanzdepartement hat vier strategische Stossrichtungen für den Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens definiert. Bei der Entwicklung der Stossrichtungen hat es sich auf die Einschätzung der aktuellen Chancen und Risiken, die in der BKB erarbeitet wurden, abgestützt. Aber auch die Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und die Vorgaben des Bundesrates wurden zu diesem Zweck ausgewertet. Zudem flossen auch interessante Entwicklungstendenzen im öffentlichen Beschaffungswesen des benachbarten Auslandes und der EU in die strategischen Stossrichtungen ein. Nachfolgend werden die Stossrichtungen kurz skizziert:

Mehr Transparenz

Die erste Stossrichtung zielt auf die Erhöhung der Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen ab. Dies betrifft zum einen die Datenlage. Im Bund – aber auch gesamtschweizerisch – fehlen verlässliche statistische Daten. Auf Stufe Bund werden zwar verschiedene Statistiken erhoben (zum Beispiel die Güterbeschaffungsstatistik des Bundes oder die WTO-Statistik); allerdings sind die Statistiken nicht in ein kohärentes Konzept eingebettet, was eine angemessene politische, gesamt- und betriebswirtschaftliche Beurteilung und Steuerung der Entwicklung des öffentlichen Beschaffungswesens verunmöglicht. Dieser Punkt wurde von der

GPK beanstandet, und der Bundesrat hat bereits auf die Kritik der GPK reagiert. Unter der Federführung des seco wird nun in einem ersten Schritt ein kohärentes Beschaffungstatistikkonzept erarbeitet, das diesen Mangel beheben soll. Dabei strebt der Bund die Zusammenarbeit mit den Kantonen an.

Die Intransparenz des öffentlichen Nachfragemarkts führt zur Einschränkung des Wettbewerbs unter den Anbietern. Momentan ist es für die Unternehmen schwierig, sich ein Bild über die gesamten öffentlichen Ausschreibungen in der Schweiz zu machen, werden diese doch in unterschiedlichsten Publikationsorganen veröffentlicht (für Ausschreibungen des Bundes ist das Schweizerische Handelsamtsblatt das offizielle Organ). Der Verein *simap.ch* (Système d'information sur les marchés publics en Suisse), dem im letzten Jahr neben der Mehrheit der Kantone auch die Beschaffungsstellen des Bundes beigetreten sind, wird unter anderem ein gesamtschweizerisches Internetportal für öffentliche Ausschreibungen schaffen (siehe *Kasten 2*). So können die Unternehmen im Internet rasch einen Überblick über den öffentlichen Nachfragemarkt gewinnen, was den Wettbewerb unter den Anbietern stärken und die Chancengleichheit der Unternehmen fördern wird. Das Internetportal wird im Laufe des nächsten Jahres seinen Betrieb vollumfänglich aufnehmen.

Förderung von Wirtschaftlichkeit und Effizienz

Die Wirtschaftlichkeit und Effizienz im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens zu fördern, ist eine weitere Stossrichtung. Ziel ist die sparsame Verwendung der Ressourcen sowohl auf Beschaffer- als auch auf Anbieterseite. Wichtig ist hier die Erkenntnis, dass die Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Beschaffungswesens nicht allein durch die konsequente Beschaffung im Wettbewerb gewährleistet ist. Die Sorge für eine angemessene Beschaffungsorganisation² und die systematische Nutzung der neuen Technologien sind ebenso wichtig.

Eine angemessene Zentralisierung der Beschaffungszuständigkeiten ermöglicht die Volumenbündelung und die strategische Ausrichtung des öffentlichen Einkaufs. Die zentrale Beschaffungsstelle definiert bedürfnisgerechte und möglichst standardisierte Produktkataloge. Für häufig benötigte Güter und Dienstleistungen schliesst sie zeitlich befristete Rahmenverträge zur Deckung des geschätzten Gesamtbedarfes der Ämter ab. Die Bundesämter können ihren Bedarf dann direkt aus Online-Katalogen abrufen. Idealerweise wird der gesamte Beschaffungsablauf von der Bedarfsmeldung bis hin zur Fakturierung elektronisch abgewickelt. Auch die Dienstleistungsqualität der Beschaffungsstel-

1 Es handelt sich dabei um die folgenden internationalen Übereinkommen: WTO-Übereinkommen vom 15. April 1994 über das öffentliche Beschaffungswesen (SR 0.632.231.422), Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über bestimmte Aspekte des öffentlichen Beschaffungswesens (SR 0.172.052.68), Übereinkommen vom 4. Januar 1960 zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation (SR 0.632.31).

2 Mit der Frage nach der idealen Organisationsstruktur im öffentlichen Beschaffungswesen hat sich auch die OECD auseinandergesetzt. In einem Ländervergleich (Dänemark, Finnland, Deutschland, Italien, Niederlande, Schweden, Grossbritannien) begab sie sich auf die Suche nach der «best practice». Es stellte sich heraus, dass total zentrale oder dezentrale Strukturen heute praktisch nicht mehr existieren. Ein Mix aus zentralen und dezentralen Strukturen hat sich in der Praxis durchgesetzt. Standardisierte Güter und Dienstleistungen sollten zentral beschafft werden (ermöglicht Skalenerträge durch Pooling und Abschluss von Rahmenverträgen). Bei hoch spezifischen Dienstleistungen und Gütern rechtfertigt sich eine dezentrale Struktur. Die dezentralen Einheiten sollten jedoch durch zentrale Kompetenzzentren unterstützt werden.

Für die Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Beschaffungswesens ist nicht allein der Wettbewerb, sondern ebenso eine angemessene Beschaffungsorganisation und die systematische Nutzung wichtig. Im Bild: Magnetresonanztomograph am Kantonsspital Zürich.

Kasten 2

Projekt *simap.ch*

Am 17. Januar 2002 haben in Bern insgesamt 22 Kantone und der Bund den Verein *simap.ch* (Système d'information sur les marchés publics en Suisse) gegründet. Der Verein beabsichtigt, eine Plattform für den Informationsaustausch zwischen öffentlichen Vergabestellen und Anbietern zu schaffen und zu betreiben. Die Zielsetzungen von *simap.ch* umfassen folgende Punkte:

- Konkurrenz und Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen verstärken;
- Zugriff auf aktuelle Informationen der verschiedenen Beschaffungsstellen sicherstellen;
- Administrative Aufwände durch Vereinheitlichung der Vorlagen für Publikationen reduzieren;
- Erfahrungsaustausch und Kommunikation zwischen den Beschaffungsstellen verbessern;

Aufbauend auf einer bereits im Kanton Waadt laufenden Applikation wurden in einem ersten Schritt die Harmonisierungsarbeiten der elektronischen Eingabeformulare für die Ausschreibungen in Angriff genommen, welche danach gesamtschweizerisch von den Beschaffungsstellen genutzt werden können. Die so in der Datenbank hinterlegten Ausschreibungen können durch die Unternehmen, die an öffentlichen Aufträgen interessiert sind, über Internet eingesehen werden. In einem zweiten Schritt wird es einem Anbieter möglich sein, die Ausschreibungsunterlagen (Pflichtenhefte) ebenfalls in elektronischer Form zu beziehen (Download). Weiter werden auf dem künftigen Portal zahlreiche Informationen zur geltenden Gesetzgebung und Rechtsprechung sowie ein praktischer Leitfaden zu den Beschaffungsprozeduren hinterlegt.

Da die veröffentlichten Publikationen in *simap.ch* lediglich informativen Charakter haben, werden zusätzlich elektronische Schnittstellen zu den offiziellen Publikationsorganen (Schweizerisches Handelsamtsblatt SHAB und kantonale Amtsblätter) realisiert. Dadurch soll eine Mehrfacherfassung der Daten und die daraus resultierenden Medienbrüche verhindert werden.

Eine zweite Projektphase sieht weitere Entwicklungen vor, welche es den Unternehmen erlauben sollte, digital signierte und verschlüsselte Offerten über das Portal einzureichen.

Aufschaltung von *simap.ch*

Im Rahmen eines Pilotversuchs wird voraussichtlich die Site *simap.ch* gegen Ende 2002 eröffnet. In einem ersten Schritt werden sich einige wenige Kantone aus der Westschweiz beteiligen. Die übrigen Kantone sowie der Bund werden sich erst im Laufe des Jahres 2003 dazuschalten.



Bild: Keystone

len erhöht sich dadurch erheblich: Das vom Amt angeforderte Material kommt schneller beim internen Kunden an.

Ein solchermaßen strategisch ausgerichteter Einkauf senkt sowohl die Beschaffungskosten als auch die -prozesskosten. Das damit verbundene mittel- bis langfristige Einsparungspotenzial wird als hoch eingeschätzt (es werden Zahlen bis zu 25% des Beschaffungsvolumens genannt). Auch der Aufwand der Wirtschaft wird relativ gering gehalten, da die Beteiligung an wiederholten und unkoordinierten Vergabeverfahren wegfällt. Es ist allerdings darauf zu achten, dass bei der Umsetzung von E-Procurement der Wettbewerb nicht durch technische Rahmenbedingungen eingeschränkt wird und insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen weiterhin Zugang zu öffentlichen Aufträgen des Bundes haben.

Organisation, Abläufe und Technologien und auch die rechtlichen Rahmenbedingungen sind also aufeinander abzustimmen, wenn Wirtschaftlichkeit und Effizienz im öffentlichen Beschaffungswesen nachhaltig gefördert werden sollen.

Beim Bund sind die entsprechenden Entwicklungen bereits in vollem Gange. Mehrere Beschaffungsstellen – so etwa die Gruppe Rüstung (GR), das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL), die SBB und die Post – haben bereits E-Procurement-Projekte gestartet. Die Einzelinitiativen sollen nun durch eine neue, beim ISB angesiedelte Stelle koordiniert werden. Ein bundesweiter Fachausschuss für E-Procurement wurde gebildet. Gestützt auf ein Mandat der BKB soll E-Procurement beim

Bund nun systematisch und prozesshaft weiterentwickelt und ein virtuelles Kompetenzzentrum aufgebaut werden. Auch die Beteiligung des Bundes beim Verein *simap.ch* zielt auf die Nutzung der neuen Technologien ab. Parallel dazu wird geprüft, ob die Organisation für die Güterbeschaffung innerhalb der Bundesverwaltung keine Doppelspurigkeiten aufweist. Die Standardisierungsbestrebungen wurden durch die Verabschiedung einer Verordnung des Informatikrates des Bundes (IRB) über die Standardisierung von Informatikmitteln in der Bundesverwaltung weiter vorangetrieben.

Klärung, Vereinfachung und Harmonisierung des Vergaberechts

Der Bundesrat hat in der Beantwortung der Motion Jenny die Revision des Beschaffungsrechts des Bundes angeregt. Ziel ist die Klärung und Vereinfachung des Vergaberechts. Auch die Harmonisierung des Vergaberechts des Bundes mit demjenigen der Kantone wird angestrebt, um einer weiteren Rechtszersplitterung in diesem Bereich entgegenzuwirken. Auch soll das Beschaffungsrecht an neue Bedürfnisse – etwa die Nutzung des Internets im Beschaffungsverfahren – angepasst werden. In einer ersten Phase werden die Stärken und Schwächen des aktuellen Vergaberechts analysiert und daraus die konkreten Revisionsziele abgeleitet. Gemäss ersten Einschätzungen soll das revidierte Gesetz auf das Jahr 2006 in Kraft gesetzt werden. Die Kantone sollen laufend über das Projekt informiert und angemessen in die Revisionsarbeiten einbezogen werden.

Instrumente für die Umsetzung des Nachhaltigkeitsprinzips entwickeln

Eine Massnahme der BKB für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundesrats ist die Erarbeitung einfacher und praktischer Hilfsmittel für die ökologische Beschaffung. Zu diesem Zweck passt die «Fachstelle umweltorientierte öffentliche Beschaffung» des Buwal den durch die EU mitfinanzierten *Check-it!-Kriterienkatalog für die ökologische Beschaffung*³ an schweizerische Verhältnisse an. Dieser Katalog umfasst unter anderem technische Spezifikationen für Beschaffungen in den Bereichen Papierwaren, Büromaterialien, elektronische Bürogeräte, elektrische Haushaltsgeräte, Innenausstattung und Reinigung. Der Katalog soll den Beschaffungsstellen des Bundes ab Frühjahr 2003 in geeigneter elektronischer Form zur Verfügung stehen.

Während dieser Katalog standardisierte Güter beinhaltet, ist das von der Gruppe Rüstung entwickelte Tool *Ecosis* (Economic and Ecological System Information Support) unter anderem für Investitionsgüter bestimmt.

Es handelt sich dabei um ein sehr interessantes Instrument, das ökologische und wirtschaftliche Kriterien bei der Evaluation von Investitionsgütern berücksichtigt. Für die Beschaffung von Bauleistungen hat der Bund Empfehlungen zum Thema «Nachhaltiges Bauen» erarbeitet.⁴

Kasten 3

Literatur

- Die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens in der Schweiz in juristischer und ökonomischer Hinsicht, Bericht der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle, Bern 2002.
- Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002, Bericht des Schweizerischen Bundesrates vom 27. März 2002.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD): Centralised and decentralised Public Procurement, Unclassified Document, 25-Oct-2000.

Weitere Informationen unter www.beschaffung.admin.ch.

³ Der Katalog besteht in der Printform aus sieben Ordnern, die thematisch gegliedert sind. Er kann auch als PDF-Datei unter www.oekoeinkauf.at betrachtet und heruntergeladen werden.

⁴ Vgl. www.kbob.ch (Nachhaltiges Bauen unter der Rubrik «Organisation»).



Sauber



Staubfrei

Sauber heisst nicht staubfrei. Nur Aebi-MFH-Kehrfahrzeuge verringern mit dem patentierten Koanda-System den gesundheitsschädigenden Ausstoß von Staubpartikeln um 95%. Das nennt man Verantwortung gegenüber Mensch und Umwelt. Die neue Aebi MFH 2500: Hinter dem neuen Design steckt auch viel neue, innovative Technologie. Dazu senden wir Ihnen gerne weitere Informationen.



Aebi MFH AG
 Huwilstrasse 11
 CH-6280 Hochdorf

Tel. +41 (0)41 914 10 20
 Fax +41 (0)41 914 10 30
www.mfh.ch
mfh@aebi.com

